

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Christian Michel) vom 12. August 2004: Präventive Massnahmen zur Vermeidung hoher Luftverschmutzung: "Führerausweis gegen BäreAbi" (04.000438)

In der Stadtratssitzung vom 26. Mai 2005 wurde das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt:

In der Antwort auf das Postulat der SP/JUSO-Fraktion (Christian Michel, JUSO) „Konkrete Massnahmen bei starker Luftverschmutzung“ schreibt der Gemeinderat folgendes:

Die Schadstoffe auf dem Stadtgebiet stammen zu rund drei Vierteln aus dem Motorfahrzeugverkehr; es ist deshalb folgerichtig, mit Interventionen bei dieser grössten Emittentengruppe anzusetzen. Denn trotz der heute vorgesehenen Massnahmen des Kantons gemäss dem „Massnahmenplan zu Luftreinhaltung 2000/2015“ werden die Ziele der Luftreinhaltung nicht erreicht, es sind also zusätzliche Anstrengungen nötig.

In der Antwort auf ein ähnliches Postulat in der Stadt Thun kommt der Gemeinderat von Thun auf dieselbe Einschätzung und listet dazu verschiedene mögliche Massnahmen auf, die in der Stadt Thun umsetzbar wären.

Eine dieser präventiven Massnahmen im Einflussbereich der Stadt Thun ist die Eintauschaktion „Führerausweis gegen Stärncharte“, welche die Stadt Thun diesen Juni lanciert hat. In den Hochsommermonaten Juli und August werden gegen Hinterlegung des Führerausweises 200 Monatsabos „Stärncharte“ zum vergünstigten Preis von Fr. 10.- statt Fr. 54.- abgegeben. Die Kosten dieser Aktion veranschlagt die Stadt Thun auf ca. Fr. 12'000.- (inklusive Öffentlichkeitsarbeit). Bei geringer Resonanz sind die Kosten entsprechend tiefer. Die Kampagne wird evaluiert und eventuell in den Folgejahren wiederholt und auf ein grösseres Gebiet ausgedehnt.

Der Verein „Läbigi Stadt“ hat in der Stadt Bern diesen Sommer eine ganz ähnliche Aktion durchgeführt, bei der die Bevölkerung ihren Führerausweis für die Zeit vom 3. Juli bis am 2. August abgeben konnte. Unter den Teilnehmenden wurde eine Verlosung durchgeführt. Bei der Aktion von „Läbigi Stadt“ gaben innerhalb zweier Stunden 41 Personen ihren Führerausweis ab. Dies zeigt, dass auch in Bern eine solche Aktion auf viel positives Echo stösst.

Präventive Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung wirken vor allem dann, wenn sie sich nicht nur auf lokale Massnahmen beschränken. Daher würde es Sinn machen, wenn die Stadt Bern die Eintauschaktion eines Führerausweises gegen eine verbilligte Monatskarte des BäreAbi analog der Stadt Thun übernehmen würde. Durch das Pilotprojekt, das in Thun durchgeführt wurde, könnten erste Erfahrungen in ein solches Projekt in Bern einfliessen. Gegebenenfalls liessen sich Synergien der beiden Projekte nutzen.

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Durchführung einer Eintauschaktion „Führerausweis gegen BäreAbi“ zu prüfen und die diesbezüglichen Erfahrungen der Stadt Thun zu berücksichtigen.

Bern, 12. August 2004

Postulat Fraktion SP/JUSO (Christian Michel, JUSO), Thomas Göttin, Christof Berger, Guglielmo Grossi, Andreas Flückiger, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Andreas Zysset, Rolf Schuler, Markus Lüthi, Béatrice Stucki, Rosmarie Okle Zimmermann, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Raymond Anliker, Sabine Schärner, Ruedi Keller, Michael Aebersold, Margrit Stucki-Mäder

Bericht des Gemeinderats

Im Sommer werden die Ozongrenzwerte immer noch regelmässig überschritten. Ursache ist der nach wie vor zu hohe Gehalt an Schadstoffen in der Luft. Diese wandeln sich bei Wärme und unter Sonneneinstrahlung in Ozon um. Die Hauptquelle der Schadstoffe in der Luft ist im Sommer der motorisierte Verkehr. Durch eine Reduzierung des motorisierten Verkehrs kann eine Verbesserung der Atemluft erreicht werden. Es muss aber klar festgehalten werden, dass die lokalen Auswirkungen von Verkehrseinschränkungen und -umlagerungen gering sind, da Ozon eine ausgeprägte überregionale Verfrachtung zeigt.

Nichtsdestotrotz vertritt der Gemeinderat die Auffassung, dass auch lokal Verbesserungsmaßnahmen ergriffen werden müssen, denn eine Verbesserung der Luftreinhaltung lässt sich nur im Zusammenspiel von lokalen, regionalen und überregionalen Massnahmen erreichen.

Pendelnde zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen, ist sicher eine wirksame Massnahme zur Verbesserung der Luftsituation. Mit der im vorliegenden Vorstoss angeregten Eintauschaktion von Fahrausweisen gegen Libero-Abonnemente sollen in erster Linie Autofahrende zum Umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel eingeladen werden.

Das Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle (AfUL) hat aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Eintauschaktionen in Thun und des Vereins ‚Läbige Stadt Bern‘, die im Jahr 2004 durchgeführt worden sind, in der Stadt Bern im Sommer 2005 ebenfalls eine Eintauschaktion im Rahmen der Lokalen Agenda 21 durchgeführt. Infolge der verschiedenen Voten in der Diskussion des Postulats im Stadtrat wurde im Gegensatz zur Eintauschaktion in Thun in der Stadt Bern zur Bedingung gemacht, dass die Teilnehmenden im Besitz eines Autos sein müssen.

In der Zeit vom 15. Juni 2005 bis 15. August 2005 wurden 200 Monatsabos zum Preis von Fr. 20.00 zur Verfügung gestellt. Wer davon profitieren wollte, musste in den Libero-Zonen 10 oder 11 wohnen, den Fahrausweis für einen Monat abgeben und im Besitz eines Autos sein. Das Kontingent der 200 Monatskarten wurde nicht voll ausgeschöpft, es wurden nur 90 verbilligte Monatskarten bezogen. Hauptgrund für die bescheidene Beteiligung ist offenbar die Tatsache gewesen, dass die Abgabe des verbilligten Abos an die Bedingung des Autobesitzes geknüpft gewesen ist.

Die teilnehmenden Personen wurden beim Bezug und nach Ablauf des Monats befragt. Es beteiligten sich etwa gleichviel Frauen wie Männer an der Aktion, am stärksten vertreten war die Alterskategorie der 35- bis 50-Jährigen. Die Mehrheit der Teilnehmenden benutzte bereits vorher den öffentlichen Verkehr für den Arbeitsweg.

16 % der Teilnehmenden brauchten das Auto täglich, 33 % zwei- bis dreimal pro Woche, um zur Arbeit zu fahren. Das Auto wurde von den meisten Teilnehmenden vor allem in der Freizeit genutzt. Der Trend Richtung Auto als Freizeitverkehrsmittel zeichnet sich auch im allgemeinen Verkehrsverhalten ab. Bei der Annahme, dass jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer pro Jahr jährliche 10 000 Kilometern mit dem eigenen Auto zurücklegt (Medianwert), konnten mit der Aktion hochgerechnet rund 75 000 km an Autofahrten eingespart werden.

Bei den Gründen für die Wahl von Verkehrsmitteln lässt sich ein starkes Umweltbewusstsein der Teilnehmenden ablesen: Die Mehrheit gab ökologische Gründe als ausschlaggebend für die Wahl an, oft in Kombination mit anderen Faktoren wie Zeitaufwand, praktische Gründe und der Lage des Arbeits-/Wohnorts. Der Zusammenhang zwischen motorisiertem Individualverkehr und dem Sommersmog-Ozon ist einer überwiegenden Mehrheit bekannt. Die mit der Aktion erreichten Teilnehmenden sind in diesem Bereich bereits sehr sensibilisiert.

Generell waren die Rückmeldungen der Teilnehmenden sehr positiv, dies obwohl sich 22 % in ihrem Verkehrsverhalten stark und weitere 66 % geringfügig umstellen mussten.

Die Kosten für die Durchführung der Aktion inklusive Auswertung der Fragebogen beliefen sich auf total Fr. 8 571.00. Sie konnten so tief gehalten werden, weil einerseits Bernmobil den Vertrieb der Abos kostenlos durchgeführt hat und andererseits auf eine aufwändige Bewerbung der Aktion verzichtet worden ist.

Das Angebot wurde von der Stadt Bern im Anzeiger und auf ihrer Internetseite publiziert. Ein weiterer Hinweis befand sich auf der Internetseite von Bernmobil. Zusätzlich wurde jeweils zu Beginn des anlaufenden Aboverkaufs in den Tageszeitungen informiert. Bewusst wurde auf weitere Werbung verzichtet. Die Aktion wurde von der Presse sehr gut aufgenommen und ist auf ein positives Echo gestossen. Innerhalb von 4 Monaten sind 9 Zeitungsartikel, 2 Radiobe-richte und ein Fernsehbericht zur Aktion erschienen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Aktion eine Einsparung an Autofahr-ten gebracht hat, doch die Teilnahme mit 79 Personen eher bescheiden gewesen ist.

Trotzdem kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die Aktion „Führerausweis gegen Bä-reAbi“ (heute Libero-Abi) wiederholt werden sollte.

Bern, 12. Juli 2006

Der Gemeinderat